

Antrag G09: Gegen Boykott von Öl- und Gaslieferungen aus Russland!

Antragsteller*in:

Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 DIE LINKE bekräftigt ihr Ziel, so schnell wie möglich die Nutzung fossiler
- 2 Energieträger und die Freisetzung von Treibhausgasen zu beenden. Das von der EU-
- 3 Kommission geforderte Embargo von russischem Öl und Gas lehnt DIE LINKE ab, weil dies
- 4 den Krieg absehbar nicht behindern wird, aber mit massiven Schäden für die Umwelt und
- 5 die Wirtschaft und erheblichen Kosten für die Menschen (nicht nur) in Deutschland
- 6 verbunden wäre.

Begründung

Fossile Energieträger sind so schnell wie vertretbar möglich durch regenerative zu ersetzen. Nach der Kohle betrifft das auch Mineralölprodukte, die vor allem als Treibstoffe und für Heizungen genutzt werden, und Naturgas, das vor allem in der Industrie und für Heizungen genutzt wird. Der völkerrechtswidrige Krieg Russlands gegen die Ukraine hat deutlich gemacht, wie dringlich der Umstieg auf regenerative Energieträger und die Beendigung einseitiger Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten ist. Solange jedoch noch Öl und Gas benötigt werden, ist es sinnvoll, bestehende Versorgungsstrukturen zu nutzen anstatt mit sehr hohen Kosten, Schwierigkeiten und Nachteilen andere Versorgungswege aufzubauen, die zudem auch dauerhaft teurer und ökologisch ungünstiger wären. Insbesondere ein kurzfristiger Ausstieg aus Gaslieferungen aus Russland wäre nur um den Preis massiver wirtschaftlicher und ökologischer Schäden, Arbeitsplatz- und Einkommensverluste sowie massiv höherer Preise auch für die Bevölkerung möglich. Ein Ausstieg aus Öllieferungen aus Russland würde vor allem Ostdeutschland mit den Raffinerien in Schwedt und Leuna massiv treffen. <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-abrupter-stopp-russischer-erdgaslieferungen-41118.htm>

Gleichzeitig ist es so, dass eine Beendigung der Energielieferungen nach Europa den Krieg Russlands zumindest auf absehbare Zeit nicht beeinträchtigen würde. Russland kann diesen Krieg mit eigenen Ressourcen und Finanzmitteln führen und hat zudem hinreichend Reserven und andere Abnehmer. Eine schnelle Beendigung des Krieges ist nur durch ernsthafte Verhandlungen möglich. Dabei könnte das Angebot der Aufhebung bestehender Sanktionen einen wichtigen Anreiz für Russland darstellen, den Krieg zu für die Ukraine akzeptablen Bedingungen zu beenden.

Ein Boykott von Öl- und Gaslieferungen würde Deutschland weitaus stärker schädigen als Russland. Auch längerfristig, nach Beendigung des Krieges, macht es keinen Sinn, auf Lieferungen aus Russland zu verzichten, solange Öl und Gas noch benötigt werden. Alternativen wie Flüssiggas aus Qatar und den USA oder anderen Ländern, vielfach wäre das das besonders umweltschädliche Frackinggas, für deren Nutzung zudem der Bau neuer Versorgungseinrichtungen und Wege erforderlich wären, sind ökologisch nachteiliger und weitaus teurer als die Lieferungen per Pipeline aus Russland. Die Sicherheit dieser Lieferungen ist gegeben, sie war es im Kalten Krieg und sie ist es auch jetzt und wäre es in Zukunft, wenn nicht der Westen selbst dies blockiert.

Grundsätzlich können wir nicht nur Handel treiben mit Ländern, deren politisches System oder deren internationale Politik unserer eigenen ähnlich sind. Dann ließe sich die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen und Vorprodukten ebenso wie die Exporte und damit das Wohlstandsniveau Deutschlands nicht annähernd aufrechterhalten. Es wäre auch moralisch und für Linke politisch nicht vertretbar, andere Länder und damit deren Bevölkerungen zu verarmen und ihre Entwicklung zu blockieren, weil deren innere Verhältnisse oder internationale Rolle im Widerspruch zu den Zielsetzungen der Politik westlicher Staaten stehen.

Den Verfechter:innen einer angeblich „werteorientierten Handelspolitik“ geht es in Wirklichkeit nicht darum, Handelsbeziehungen nach Kriterien von Menschenrechten, Arbeitnehmerrechten, Ökologie oder Demokratie zu gestalten, oder nicht mehr mit Staaten zu handeln, die völkerrechtswidrige Kriege geführt haben. Dann dürfte auch zum Beispiel mit der Türkei, den USA, Indien, den arabischen Staaten, Brasilien und vielen anderen Ländern kein Handel mehr getrieben werden. Dann dürfte Kohle künftig auch nicht statt aus Russland verstärkt aus Kolumbien bezogen werden, das bezüglich der Arbeitnehmerrechte eines der schlimmsten Länder der Erde ist, wie auch die Türkei und Ägypten und Belarus, aber nicht Russland. https://files.mutualcdn.com/ituc/files/ITUC_GlobalRightsIndex_Infographics_2021_10WorstCountries_horizontal_DE.png

Tatsächlich geht es darum, dass Staaten in ihrer Entwicklung behindert, geschwächt und geschädigt werden sollen, die sich nicht den Regeln und der Hegemonie des US-geführten Westens und seiner Konzerne unterwerfen wollen, sondern eigenständige Entwicklung und internationale Politik verfolgen, die im Widerspruch zu Interessen der USA stehen. Die EU ordnet sich dem weitgehend unter. Es geht um einen neuen Kalten Krieg, der mit Sanktionen, Handelspolitik, Außenpolitik und Propaganda und nötigenfalls auch militärisch ausgetragen wird. An einem langfristigen Wirtschaftskrieg der USA gegen China, Russland, Venezuela, den Iran, Syrien und andere Staaten sollten sich Deutschland und die EU nicht beteiligen, es wäre auch zu ihrem Nachteil.